

Bürgerwille bleibt auf der Strecke

Zu: „Hunderte Unterschriften gesammelt“ (Ausg. v. 25. April)

Mit Erstaunen liest man die Rechtfertigungen von Bürgermeisterin Britta Lang bezüglich der geplanten Photovoltaik-Großflächen. Dass die Gemeinde den Dialog betont, wirkt angesichts der tatsächlichen Dynamik fast wie Hohn. Wer „Dialog“ sagt, aber erst im offiziellen B-Plan-Verfahren – also wenn die Weichen längst gestellt sind – eine Beteiligung vorsieht, betreibt keine Bürgerpolitik, sondern bloßes Erfüllungsmanagement für Investoren.

Interessenlage klar verteilt: Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier über die Köpfe der Menschen hinweg Fakten geschaffen werden. Wenn die Bürgermeisterin argumentiert, man müsse die Kosten für detaillierte Analysen vermeiden und diese lieber den Investoren im späteren Verfahren überlassen, offenbart das ein gefährliches Abhängigkeitsverhältnis. Wer zahlt, schafft an. Wenn der Investor die Gutachten finanziert, ist wohl kaum zu erwarten, dass dabei das Landschaftsbild, Natur oder der Erhalt hochwertiger Ackerböden im Vordergrund stehen. Die Gemeinde macht sich hier zum Steigbügelhalter der Investoren und Landeigentümer.

Transparenz sieht anders aus: Die erwähnte Potenzialflächenanalyse von 2024 mag als Basis dienen, doch wenn sie für die Bürgerinitiative „zu dünn und oberflächlich“ ist, sollte das die Alarmglocken läuten lassen. Eine „Flächenauswahl mit Augenmaß“ kann nicht stattfinden, wenn die Verträge zwischen Verpächtern und Investoren bereits unterschrieben sind.

Unwahr ist, dass man bei der Gestaltung der Inhalte des Kriterienkataloges auf die Bürgerinitiative zugegangen sei. Die Beteiligung hat auf Druck der BI in einer Sitzung nicht öffentlich stattgefunden. Wesentliche Anregungen der Bürger fanden schlussendlich aber keine Berücksichtigung.

Demokratie braucht Zeit und Beteiligung: Klimaschutz und kommunale Einnahmen sind wichtige Ziele, keine Frage. Aber sie dürfen nicht als Totschlagargument herhalten, um eine Planung auszuschließen, so wie es der Landeserlass vorsieht. Echte Beteiligung findet vor den Aufstellungsbeschlüssen statt, nicht erst, wenn das Verfahren rechtlich kaum noch zu stoppen ist und Einwendungen leicht weggewogen werden können.

Transparenz bedeutet, die Kosten für unabhängige Gutachten nicht als „Schmerzgrenze“ abzutun, sondern als Investition in den sozialen Frieden der Gemeinde zu begreifen.

Die Menschen in Mittelangeln wollen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Es ist Zeit, die Planung vom Kopf auf die Füße zu stellen: Erst die Bürger fragen, dann die Kriterien festlegen und erst ganz am Ende die Investoren rufen.

Sollte die Gemeinde an der aktuellen Planung festhalten, den Bürgerantrag zurückweisen und es verweigern, Bürgerinteressen zu berücksichtigen, dann wird eine Klärung durch das Oberverwaltungsgericht unausweichlich sein.

Thomas Hansen, Mittelangeln